

## Grosser Rat

# Das neue Walliser Schulgesetz. Was ändert? Und was nicht?

Der Grosse Rat hat das Schulgesetz in erster Lesung verabschiedet. Die wichtigsten Punkte.

**Armin Bregy und  
Rebecca Schüpfer**

Das Gesetz über die Walliser Schule wurde am Mittwochnachmittag in erster Lesung mit 103 zu 25 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Es kommt zu einer zweiten Lesung. Bereits jetzt sind mehrere Änderungsanträge angekündigt.

Kommissionspräsident Swen Luyet (FDP) erinnerte daran, dass es sich um ein Rahmengesetz handelt, das durch mehrere Spezialgesetze ergänzt wird. Das Parlament folgte der Kommission in den meisten Punkten – nur sechs Änderungsanträge wurden angenommen. Eingereicht wurden 222.

Auch Staatsrat Christophe Darbellay (Le Centre) sagte, dass das verabschiedete Gesetz dem Entwurf des Staatsrats sehr nahekomme und die Entscheidung insgesamt mit klaren Mehrheiten

getroffen wurden. «Wir haben alle ein wenig Nostalgie für die Schule, die wir selbst erlebt haben», räumte er ein. Die Walliser Schule halte an Noten fest und stehe zur christlichen Kultur des Kantons, ohne dabei zu missionieren.

Was ändert sich bisher? Ein Überblick.

### 1. Schuldirektoren werden Kantonsangestellte

Künftig sind die Walliser Schuldirektoren beim Kanton angestellt. Trotz vehementem Widerstand der Oberwalliser Abgeordneten.

Philipp Loretan (neo) sagte: «Der Schuldirektor wird so zum Botschafter des Kantons.» Schulentwicklung sei auch Standortentwicklung. Wenn die Gemeinden diese nicht mehr steuern könnten, werde es schwierig. In der Schulverwal-

tung entstehe zudem eine «unnatürliche Trennung», da etwa der Hauswart weiterhin kommunal angestellt bleibe.

Diego Schmid (SVPO) warnte vor der Zentralisierung. Es brauche mehr Raum für regionale Lösungen. Die Gemeinden würden an Einfluss verlieren. Die Schuldirektionen würden der Dienststelle unterstellt, die Vielfalt der Schulen geschwächt. «Ich will keinen Einheitsbrei für unsere Schulen», sagte Schmid.

Auch Pascal Martig von den Schwarzen forderte, dass die Schuldirektionen in der Verantwortung der Gemeinden bleiben sollten. Der Gemeindepräsident von Gampel-Bratsch befürchtete, dass andernfalls der Handlungsspielraum der Gemeinden eingeschränkt würde. Es gehe um den föderalen Aufbau des Bildungssystems. Eine zentrale Lösung durch den

Kanton widerspreche diesem Prinzip.

Spannend war die Ausgangslage bei den Sozialdemokraten: Die SP Oberwallis sprach sich gegen die Kantonalisierung aus, die SP Unterwallis dafür. Rahel Zimmermann (SP) sah zwar Chancen in einer Harmonisierung der Anstellungsbedingungen, aber auch Schwächen. Die Schuldirektionen müssten nahe bei den Gemeinden bleiben, sagte Zimmermann. Unklar sei zudem die künftige Ausgestaltung der Schnittstellen. Sollte die Vorlage angenommen werden, müsse zumindest auch das administrative Personal einbezogen werden.

Der Walliser Bildungsminister Christophe Darbellay (Le Centre) sagte, dass die Kantonalisierung der Schuldirektionen ein Kernstück der Schulreform sei. Und er richtete sich direkt an den SVPO-Suppleant

ten Diego Schmid, Sekundarlehrer an der OS Lötschental: «Sie sind ein guter Lehrer. Wären Sie ein schlechterer Lehrer, wenn die Schuldirektion kantonalisiert wäre?»

In der Abstimmung blieben die Oberwalliser Abgeordneten chancenlos.

### 2. Schulsozialarbeit bleibt im Wallis vage

Die SP wollte die Schulsozialarbeit im Gesetz verankern. Ebenso die neo. Sarah Constantin (SP) betonte deren Bedeutung als Unterstützung der Lehrkräfte. Bernd Kalbermatten (Mitte Oberwallis) unterstützte den Vorschlag. Thomas Matter (neo) sagte, die Schulsozialarbeit sei im Oberwallis fest verankert. «Für die Lehrpersonen ist das eine wichtige Entlastung.»

Darbellay wollte sich zunächst nicht zum Thema äus-

sern, tat es dann aber doch. Er stellte fest, dass das Oberwallis in dieser Frage mit den linken Parteien zusammenspanne. Eine Verstaatlichung der Schulsozialarbeit werde jedoch nicht alle Probleme lösen. Die Hauptverantwortung liege bei den Eltern. «Ich spreche mich für eine hochwertige Schule aus, aber sie muss sich auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Wer zu viel will, erreicht am Ende wenig», sagte er. Zudem warf Darbellay dem Oberwallis «einen gewissen Opportunismus» vor. «Bei den Schuldirektionen war man gegen eine Kantonalisierung, bei der Schulsozialarbeit ist man für eine Zentralisierung. Das ist nicht konsequent», so der Le-Centre-Staatsrat.

Der Antrag der SP wurde mit 79 zu 48 Stimmen abgelehnt. Die Schulsozialarbeit wird damit nicht im Gesetz verankert.

## «Die Schule im Wallis ist stabil und breit abgestützt. Und das wird so bleiben»

Bildungsminister Christophe Darbellay ist über die neuen Gesetze zur Schullandschaft im Wallis zufrieden. Im Schulzimmer direkt wird sich aber nicht viel ändern, wie er sagt.

**Interview: Rebecca Schüpfer  
und Armin Bregy**

**Christophe Darbellay, hatten Sie während der Debatte hier im Grossen Rat ein Lineal dabei?**

Wieso meinen Sie? Es geht um die Schulen, aber ein Lineal hatte ich nicht dabei. Ich ziehe die Linien eher aus dem Handgelenk.

**Weil alle mehr oder weniger einer Linie gefolgt sind.**

Ja. Die grosse Mehrheit ist uns gefolgt. Unser Vorschlag wurde lange und sorgfältig erarbeitet und hat offensichtlich alle betroffenen Kreise überzeugt. Es sind nur wenige Abänderungsanträge durchgekommen. Lediglich sechs Anträge wurden anders entschieden als von der Kommission empfohlen. Das sind weniger als drei Prozent. Das zeigt: Wir haben ein solides Projekt. Ein Schulgesetz, das auf dem richtigen Weg ist.



Christophe Darbellay

Bild: Keystone

**Aber ein eher mutloses. Was ändert sich denn konkret?**

Es ist ein breit abgestütztes Projekt, welches das Fundament der Walliser Schule respektiert. Es handelt sich um ein Rahmengesetz von der 1H bis Ende Kollegium beziehungsweise Berufsschule. Die Details werden in be-

stehenden Gesetzen zu Primar-, OS-, Sekundar- und Sonderschulen geregelt – wir sprechen hier über Werte, Governance, Zuständigkeit, pädagogische Linie. Innovation hat ihren Platz in der Schule.

**Aber was ändert sich im Klassenzimmer?**

Im Klassenzimmer? Das ist eine gute Frage. Nicht sehr viel, weil die heutige Schule mit der Schule des ursprünglichen Gesetzes von 1962 fast nichts Gemeinsames mehr hat. Keine Partei hat sich eine Revolution gewünscht. Die Walliser Schule ist stark und genießt grosses Vertrauen. Vielleicht mehr Raum für Innovation, Digitalisierung, Nulltoleranz gegenüber Gewalt und Mobbing, Platz für unterschiedliche Meinungen und Glauben. Gleichzeitig bleiben die christlich-abendländischen Werte.

**Also kein grosser Wurf?**

Nein, so weit ist das Schulgesetz kein grosser Wurf. Aber es gab auch keine Anträge für einen solchen. Wir haben umgesetzt, was notwendig war. Im Vergleich zu 1962 hat sich vieles verändert. Wir legen das Fundament für die Schule der Zukunft. Die Schule entwickelt sich ständig weiter.

**Wieso kam keine grosse Schulreform zustande?**

Vielleicht ist die Vorlage enttäuschend für jene, die einen grossen politischen Schlagabtausch erwartet haben. Vielleicht für gewisse Journalisten. Aber es ist eine solide Reform mit rund 80 Prozent Zustimmung im Rat. Weder von links noch von rechts gab es grosse Änderungsanträge. Die Schule im Wallis ist stabil und breit abgestützt. Und das wird so bleiben.

**Gibt es für Lehrpersonen mehr Entlastung?**

Es gab in den letzten Jahren bereits viele Verbesserungen, insbesondere bei der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bedarf. Mit diesem Gesetz selbst gibt es keine grossen strukturellen Änderungen. Entscheidend sind die Budgets, und dort wurden die Mittel laufend angepasst.

**Und die Kantonalisierung der Schuldirektionen – schauen Sie künftig stärker in die Klassenzimmer?**

Das tue ich ohnehin. Neu gibt es mehr Kohärenz im System, weil alle schulischen Akteure Kantonsangestellte sind – rund 5000 Personen. Die Schuldirektionen waren bisher die Ausnahme. Jetzt haben wir eine einheitlichere Struktur. Das heisst nicht, dass regionale Unterschiede verschwinden. Aber die Linie wird klarer.

**Bei der Schulsozialarbeit waren Sie gegen eine Kantonalisierung.**

Weil die Schulsozialarbeit stark in den Familien wirkt und dort die Hauptverantwortung liegt. Der Staat soll sich auf die Schule und auf die Vermittlung von Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen konzentrieren, nicht auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Wenn Gemeinden diese Aufgabe finanzieren wollen, ist das okay – aber das ist nicht zwingend eine staatliche Aufgabe.

**Warum gibt es in der Bildungspolitik immer wieder Unterschiede zwischen Ober- und Unterwallis?**

Es gibt unterschiedliche Sensibilitäten, aber keine grundlegenden Unterschiede. Beim Thema Schuldirektionen hat sich